

Das GRÜNE in der Bürgerschaft

Aus dem Landtag vom 16. Mai 2013

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/ir8>

Steuerflucht ist ungerecht und unsozial

Steuerhinterziehung ist kein „Fehler“, keine „Sünde“, kein „Kavaliersdelikt“, sondern Betrug, der nach einer Entscheidung des Bundesgerichtshofs ab einer Hinterziehungssumme von einer Million Euro mit Gefängnis bestraft werden muss. Der Schaden, der jährlich den Staaten allein in der EU entsteht, beläuft sich nach seriösen Schätzungen auf eine Billion Euro. Mit einem heute beschlossenen Antrag wird der Senat aufgefordert, sich auf Bundes- und Europaebene für eine Reihe von Maßnahmen einzusetzen, mit denen der Kampf gegen Steuerbetrug verschärft werden soll. Zugleich soll sich Bremen weiterhin am Ankauf von „Steuer-CDs“ beteiligen, in den Finanzämtern die Bereiche Betriebsprüfung und Steuerfahndung weiter stärken und die Zusammenarbeit der Bundesländer in Sachen Steuerbetrug intensivieren.



Der Finanzpolitiker Hermann Kuhn, der den Antrag initiierte, stellte die verbreitete Sichtweise in Frage, dass der Staat dem einzelnen mit der Steuer das „wegnehme“, was „eigentlich“ dem Bürger gehöre und dass dagegen Notwehr im Grunde legitim sei: Jede Leistung einzelner ruht auf den Schultern vieler, und die Einkommen, erst recht die hohen, sind nur möglich durch das Zusammenwirken aller in einem Gemeinwesen – zum Beispiel durch die Möglichkeit akademischer Ausbildung. Und deswegen ist es kein „notwendiges Übel“, sondern richtig und legitim, dass ein Teil der Einkommen eben des Staates ist. Und es ist eine sachgerechte Forderung, dass dieser Teil mit steigenden Einkommen steigen muss; dass jeder nach seinen Möglichkeiten dazu beiträgt. Wer sich dem durch Flucht und Betrug entzieht, wälzt die Verantwortung auf die anderen ab – was heute in riesigem Ausmaß der Fall ist. Das ist ungerecht und unsozial. Die Reichen sind auch nach Steuern noch reich, und die Steinreichen bleiben steinreich.

Psychotherapie muss sich auf MigrantInnen einstellen

Die Versorgung im Bereich Psychotherapie ist in Bremen formal gut. Aber auch wenn schon lange bekannt ist, dass gerade MigrantInnen ein höheres Risiko haben, psychische Erkrankungen zu entwickeln, ist ihre Lage unbefriedigend. In Bremen und Bremerhaven leben rund 180.000 Menschen mit ausländischen Wurzeln, schon fast ein Drittel der Bevölkerung. Oft gibt es sprachliche und kulturelle Hürden, die einer erfolgreichen Psychotherapie entgegenstehen. Mit einem Antrag fordern die Koalitionsfraktionen unter anderem, die Sprach- und Kulturkompetenz bei der Zulassung von PsychiaterInnen und PsychotherapeutInnen zur Voraussetzung zu machen und im Ausland erworbene Abschlüsse leichter anzuerkennen.



Zahra Mohammadzadeh, migrations- und integrationspolitische Sprecherin, hob hervor, dass das Problem nicht mit ausreichend zur Verfügung gestellten DolmetscherInnen oder Kultur-



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

mittlerInnen erledigt ist. Es gilt vielmehr, Vorurteile und Unsicherheiten abzubauen, die noch vielfach den Behandlungserfolg erschweren. Dafür bedarf es nicht nur mehr Fachkräfte, die selbst einen Migrationshintergrund haben, dafür bedarf es auch der Fortbildung von PsychotherapeutInnen im sprach- und kultursensiblen Umgang mit ihren PatientInnen, um Ängste und Vorurteile abzubauen.

Fit für die Vergabe

Das Verfahren bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist kompliziert. Deshalb hatte die rot-grüne Koalition im April 2013 die Einrichtung einer zentralen Service-Stelle beschlossen. Ein heute verabschiedeter Antrag befasste sich mit der Einführung der elektronischen Vergabe: Hier könnten für kleine und mittlere Betriebe Schulungsangebote hilfreich sein. Der Senat wird darin aufgefordert zu prüfen, ob es in Vergabeverfahren rechtlich möglich ist, alle an einem öffentlichen Auftrag interessierten Unternehmen zusammen mit dem Auftraggeber zu einem Ortstermin zusammenzubringen, was für die Qualität des Vergabeverfahrens sinnvoll sein könnte.



Um die Scheu vor der elektronischen Vergabe zu verlieren, so der Wirtschaftspolitiker Ralph Saxe, wären Einführungskurse zur Vermittlung des Basiswissens der „e-Vergabe“, Orientierungskurse und Simulationsworkshops sinnvoll. Diese sollten bestenfalls in Zusammenarbeit der jeweiligen beauftragenden Senatsressorts mit Handwerksverbänden gemeinsam erarbeitet werden.

Dem Bienensterben entgegenwirken

In den letzten Jahren ist in Europa ein schwerwiegendes Bienensterben zu beobachten – mit erheblichen Folgen für die Landwirtschaft. Die vielen Wildbienenarten und die Honigbiene „erwirtschaften“ mit ihrem Bestäuben der Pflanzen allein in Deutschland einen Wert von etwa 2,5 Milliarden Euro, wie die Universität Hohenheim errechnet hat. Die möglichen Ursachen für das Bienensterben sind vielfältig: Veränderungen in der Landwirtschaft (weniger artenreiche Naturwiesen, starker Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln und der Anbau von Monokulturen) haben zu einem Blütenpollenmangel geführt, auch die Varroa-Milbe ist mit verantwortlich. Einen erheblichen Faktor scheinen neue Pestizide darzustellen, deren Einsatz dazu führt, dass die Bienen nicht mehr zu ihrem Heimatstock zurückfinden.



Die Umweltpolitikerin Maike Schaefer schilderte ein reales Horrorszenerario aus dem Film „More than Honey“. Dort wurde in eindrucksvollen Bildern gezeigt, was passiert, wenn Bienen als wichtigste Bestäubungsinsekten ausgestorben sind: Im Süden Chinas werden die Blüten von Apfelbäumen abgeschnitten, die Pollen in Papiertüten gesammelt und in nördlichere chinesische Regionen verschickt, wo dann von vielen Menschen mit Pinseln Blüte für Blüte, Baum für Baum von Hand bestäubt werden. Maike Schaefer gab den Impuls für einen Antrag, der den Senat auffordert, sich auf Bundesebene unter anderem gegen den Pestizideinsatz, gegen Monokulturen und für ökologischere Landwirtschaft einzusetzen. In Bremen soll die Pflanzung von bienenfreundlichen Gewächsen und das Bewusstsein für den Wert dieser Tiere gefördert werden.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de

Diskriminierung von Roma-Familien aus Bulgarien und Rumänien bekämpfen

Für die BürgerInnen der im Jahr 2007 der EU beigetretenen Länder Bulgarien und Rumänien gelten noch bis Ende 2013 Einschränkungen hinsichtlich ihrer Aufenthalts- und Arbeitsrechte in anderen EU-Mitgliedstaaten. Wer länger als drei Monate bleiben und arbeiten will, kann als Selbständige/r auftreten, muss also ein Gewerbe anmelden und sich selbst versichern. Gegenwärtig sind aus wirtschaftlichen Gründen starke Wanderbewegungen zu verzeichnen, leider aber auch aufgrund von Ausgrenzung und Diskriminierung von Minderheiten. Davon sind in Teilen Bulgariens und Rumäniens etwa die Roma betroffen, die verstärkt ihre Heimatländer verlassen. Die für die Betroffenen schwierige Rechtslage wird von Miet- und ArbeitsausbeuterInnen ausgenutzt: horrende Mietpreise für Schlafplätze in heruntergekommenen Häusern und Wohnungen – Beschäftigung zu Löhnen weit unter Tarif. Ein Antrag von SPD und Grünen widmet sich dem Problem und fordert den Senat auf, in einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Lösungen für Bremen und Bremerhaven zu erarbeiten. Weiterhin soll der Senat auf Bundes- und EU-Ebene aktiv werden, um die sozial- und versicherungsrechtlichen Fragen zu klären und darauf hinzuwirken, die Diskriminierung und Armut vor allem von Roma-Familien in Bulgarien und Rumänien abzubauen.



Zahra Mohammadzadeh hob hervor, dass nicht vergessen werden darf, dass ein Teil der in den letzten Jahren eingewanderten BulgarInnen und RumänInnen in den Arbeitsmarkt integriert ist. Es sind qualifizierte ArbeitnehmerInnen, sie verfügen über akademische Abschlüsse und sorgen für sich selbst. Eine große Gruppe bilden jene, die an deutschen Universitäten eingeschrieben sind. Diese Menschen auszuklammern und pauschal das Bild der „Armutszuwanderer“ zu zeichnen, ist die Argumentation des Bundesinnenministers, um die europäische Freizügigkeit auszuhebeln.



Die gesundheitspolitische Sprecherin Kirsten Kappert-Gonther richtete in der Aussprache den Blick auf das Problem der unzureichenden Krankenversicherung. Hier sind nicht nur ressortübergreifende Strategien auf Bremer Seite erforderlich, sondern dringend nötig sind bundesgesetzliche Regelungen, um transparente, klare und verbindliche Lösungen im Bereich der Gesundheitsversorgung etablieren zu können.



Fraktion
Bündnis 90/DIE GRÜNEN
in der
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0
Fax: 3011-250

fraktion@gruene-bremen.de
www.gruene-fraktion-bremen.de